



GAUBOTE

Tageszeitung im Kreis Böblingen für Herrenberg und das Gäu

184. Jahrgang, Nr. 026

Einzelpreis 2,00 Euro

Mittwoch, 2. Februar 2022

E 3128

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu



Während Corona kommt es bei den Versicherungen zu unterschiedlichen Entwicklungen. Seite 13

Lokales



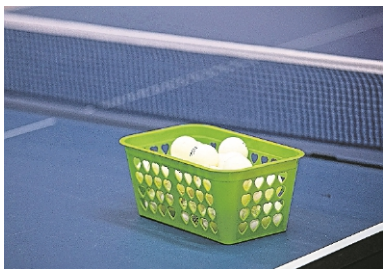
Ein Wohnraum-Kümmerner soll sich im Landkreis dem vorhandenen Leerstand annehmen. Seite 16

Lokale Kultur



Zwei Auszeichnungen für sein zweites Album hat Musiker John Liedermann erhalten. Seite 14

Lokalsport



Im Tischtennis wird in Baden-Württemberg in dieser Saison nur eine Einfachrunde gespielt. Seite 19

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
15619,39 Pkt. + 148,19 Pkt.	4224,45 Pkt. + 49,85 Pkt.	1,1260 Dollar + 1,04 Cent

Wetter



Mittags 7° | Nachts 2°
Wechselnd bewölkt, in höheren Lagen Schneeregen



Puzzeln hat seinen Preis

Spielen liegt wieder voll im Trend – und wird wohl bald teurer: Gestiegene Kosten für Transport und Material machen dem Puzzlegiganten Ravensburger zu schaffen.

Bürger im Land coronamüde – Ministerpräsident bleibt hart

BaWü-Check Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Der grün-schwarze Pandemiekurs büßt binnen Jahresfrist stark an Zustimmung ein. Winfried Kretschmann will vor Ostern nicht über Lockerungen reden.

VON BÄRBEL KRAUSS

STUTTGART. Zu Beginn des dritten Pandemiejahrs belastet Corona die Stimmung in Baden-Württemberg stärker als im Bundesgebiet. Außerdem ist die Zufriedenheit der Bürger mit dem Krisenmanagement der von Ministerpräsident Winfried Kretschmann geführten grün-schwarzen Landesregierung binnen Jahresfrist um 15 Prozent abgestürzt. Das ist das Ergebnis des jüngsten BaWü-Checks, einer repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Zeitungsverlage, die vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt wurde. Gleichgeblieben ist, dass die Schulpolitik den Befragten am meisten Sorgen macht.

Nach mehr als zwei Jahren mit der Pandemie nehmen die Demoskopien die große Mehrheit der Bevölkerung im Land als desillusioniert und ermüdet wahr. Während im Bundesgebiet 44 Prozent der befragten Bürger zuversichtlich in die nächsten Monate blicken, sind es im Südwesten nur 38 Prozent; die Hälfte sieht mit Skepsis (30 Prozent) oder Befürchtungen (19 Prozent) nach

„Wir brechen keine Debatte über Exitstrategien vom Zaun – das wäre völlig unangemessen und das völlig falsche Signal.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident



Foto: dpa/Bernd Weißbrod

vorne. Aktuell stellen nur noch 45 Prozent der Landesregierung ein gutes Zeugnis für ihr Corona-Krisenmanagement aus. Ende 2020 waren es noch 60 Prozent.

Stark gelitten hat seit vorigem Dezember das Ansehen des grünen Gesundheitsministers Manfred Lucha. Nach elf Jahren in der Regierung kennt ihn zwar immer noch ein knappes Viertel der Bürger nicht, aber 39 Prozent der Befragten sind aktuell unzufrieden mit seinem Krisenmanagement.

Mitten in der Omikron-Welle werden wegen der milderen Verläufe der Virusvariante Rufe nach einer baldigen Rückkehr in die Normalität immer lauter – Ministerpräsident Winfried Kretschmann aber dämpfte die Hoffnungen. Er sehe bis mindestens Mitte April keinerlei Chancen für das Ende von Coronabeschränkungen, sagte der Grünen-Politiker. Er könne sich nicht vorstellen, dass es vor Ostern zu Ausstiegsstrategien komme. Protest kam von der Wirtschaft und der FDP. Der Koalitionspartner CDU stellte Lockerungen nach Aschermittwoch, also Anfang März, in Aussicht.

Leitartikel

Kommentar

Wenig vertrauenerweckend

Das Hin und Her bei der Förderung von energieeffizienten Gebäuden hinterlässt Verunsicherung.

VON ANNIKA GRAH

Das hinterlässt Fragezeichen. Nach nur sieben Tagen revidiert die Bundesregierung ihre Entscheidung. Nein, diesmal geht es nicht um die Coronapolitik, sondern um den Förderstopp des Bundes für energieeffiziente Gebäude. Zumindest die bereits gestellten Anträge werden bearbeitet, heißt es aus Berlin. Das ist eine gute Nachricht vor allem für alle privaten Bauherren, die wohl in der vergangenen Woche einige schlaflose Nächte in Sorge um ihre Finanzierung gehabt haben dürften. Die KfW-Gelder sind zu Recht beliebt und für viele ein wichtiger Baustein in der Finanzierung des Eigenheims.

Verlässlichkeit sieht dennoch anders aus. Nicht nur das Hin und Her dürfte viele Bauherren Nerven gekostet haben. Das vorzeitige Aus für das Programm rund um das Effizienzhaus 55 wird nicht zurückgenommen. Diejenigen, die die Frist zum 31. Januar ausnutzen wollten, müssen nun umplanen.

Das heißt nicht, dass Entscheidungen in der Politik nicht revidiert werden dürfen. Doch in Zeiten, in denen ohnehin so vieles mit Unsicherheit behaftet ist, wäre ein überlegteres Handeln wünschenswert gewesen – auch von Neulingen auf dem Regierungsparkett. Die nun gefundene Lösung hätte in Teilen schon vor dem Stopp ausgearbeitet werden können. Denn der ein oder andere Bauherr dürfte nun darüber nachdenken, ob er sich angesichts der hohen Baupreise im Sinne des Klimaschutzes noch einmal auf staatliche Förderung verlassen will.

Verdächtiger im Polizistenmord gesteht

Ermittler: Die mutmaßlichen Mörder der zwei Polizisten wollten offenbar Jagdwilderei vertuschen.

KAISERSLAUTERN. Der zweite Tatverdächtige im Mordfall an zwei Polizisten in Rheinland-Pfalz hat ein Teilgeständnis abgelegt. Er habe den Vorwurf der Wilderei eingeräumt, sagte Oberstaatsanwalt Stefan Orthen. Der 32-Jährige habe jedoch bestritten, selbst geschossen zu haben. Ein 38-Jähriger, der den Ermittlern als Haupttäter gilt, habe von seinem Schweigerecht Gebrauch gemacht. Die Ermittler gehen davon aus, dass beide Beschuldigten geschossen haben. Es seien mindestens zwei verschiedene Schusswaffen zum Einsatz gekommen. Gegen beide Männer wurde am Dienstag Haftbefehl wegen gemeinschaftlichen Mordes erlassen.

Eine 24-jährige Polizistin und ihr 29-jähriger Kollege waren am frühen Montagmorgen im Landkreis Kusel bei einer Verkehrskontrolle erschossen worden. AFP

Bauherren können doch mit KfW-Förderung planen

Der Bund nimmt den Förderstopp für energieeffiziente Gebäude teilweise zurück. Zumindest die gestellten Anträge werden bearbeitet.

VON ANNIKA GRAH UND CHRISTOPHER ZIEDLER

BERLIN. Nach dem jüngst angekündigten Stopp von KfW-Programmen für energieeffiziente Gebäude können viele Bauherren nun doch mit Fördergeld rechnen. Förderfähige Anträge, die vor dem 24. Januar gestellt worden waren, würden auch beschieden, sagte Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) am Dienstag. Darauf hätten sich die beteiligten Ministerien geeinigt. Danach gebe es einen „klaren Cut“.

Vor einer Woche hatte die Bundesregierung mit dem überraschenden Stopp dreier Förderprogramme für energieeffiziente Gebäude Bauherren aufgeschreckt. Eine Antragsflut vor allem für den Bau von Häusern nach dem Effizienzhaus-Standard 55 hatte die bereitgestellten Mittel deutlich übersteigen. Das sollte ohnehin Ende Januar eingest

stellt werden. Betroffen von dem Stopp waren aber auch das Förderprogramm für den höheren EH40-Standard und energetische Sanierungen von Gebäuden. Insgesamt ging es um rund 24 000 Anträge. Das fehlende Geld für die bereits gestellten Anträge soll nun aus dem Energie- und Klimafonds bereitgestellt werden.

Der Energieexperte der Unionsfraktion, CDU-Bundesvize Andreas Jung, sagte unserer Zeitung: „Unklar bleibt weiterhin, wie es weitergeht. Die Förderung energetischer Sanierungen soll ‚so ähnlich wie bisher‘ fortgesetzt werden, die Unterstützung für besonders effiziente Neubauten wird gedeckelt und befristet, die Umstrukturierung aller weiteren Programme ‚brauche Zeit‘ – das ist Stochern im Nebel und das Gegenteil dessen, was nach dem von der Bundesregierung zer Schlagenen Porzellan angezeigt wäre.“

Kommentar

Rasende Diplomaten gehen straffrei aus

BERLIN. Auf Berlins Straßen hat die Polizei im vergangenen Jahr 9973 Verkehrsverstöße von ausländischen Diplomaten registriert – die wegen der Immunität des internationalen Botschaftspersonals nicht verfolgt wurden. Die Summe der dafür eigentlich fälligen Verwarnungsgelder oder Geldbußen, die die Diplomaten nicht bezahlen mussten, beträgt gut 200 000 Euro. Das geht aus einer Antwort der Innenverwaltung auf eine parlamentarische Anfrage der CDU hervor.

Die häufigsten Tatbestände waren Parkverstöße und Geschwindigkeitsüberschreitungen. Die Top Ten der betroffenen Staaten umfasst Saudi-Arabien, Griechenland, USA, Irak, Russland, Sudan, Ägypten, Jemen, Indonesien und Turkmenistan. dpa

